

Protokoll der Sitzung des
Beirates Mitte am 7.7.2008

**Anwesend waren
vom Beirat**

Michael Rüppel
Joachim Musch
Corinna Spanke
Holger Ilgner
Leander Mondré
Alexander Tassis
Jörg Windszus
Christoph Heigl
Monika Engelmann

Entschuldigt fehlten Barbara Schwarz, Sonja Heinrich, Viola Mull , Jürgen Bunschei

vom Ortsamt

Robert Bücking - Vorsitz
Andrea Freudenberg - Protokoll

Gäste:

Frau Dr. Gerstenberger Initiative „Die Tasse“
Herr Pastor Scherrer St. Stephani - Gemeinde
Herr Plate, Herr Pot d`Or Innere Mission/ Jakobushaus

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21.45 Uhr

Tagesordnung:

1. Fragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung
2. Obdachlosenarbeit
Diskussion mit Vertreter/innen der St. Stephani-Gemeinde, Jakobushaus und der Initiative „Die Tasse“
3. Aktuelles
Lärmschutzmaßnahmen an Bahngleisen – s. Antragstext
4. Stellungnahme zur Schulentwicklungsplanung
5. Entscheidung über Anträge auf Beiratsmittel
6. Mitteilungen des Beiratssprechers
7. Mitteilungen des Ortsamtes
8. Verschiedenes

TOP 1

Herr Schröder kritisiert, dass trotz Zusage vor 2 Jahren die Treppenanlage Am Wall/ Doven-
tor noch nicht gebaut wurde. Im Rahmen der Anbindung Überseestadt wurde seinerzeit der
Tunnel Dovenor geschlossen und stattdessen soll der Bau einer Treppenanlage die Situati-
on für die Fußgänger und Radfahrer entschärfen.

Der Beirat legt fest, die Problematik gemeinsam mit Herrn Schröder im Bauausschuss zu
beraten.

Bischoffstraße 8

Frau Kögel fragt nach dem Sachstand Verkauf Bischoffstraße 8 (Werkstatt-Grundstück).
Sie selbst habe sich mit weiteren Interessierten zusammengetan, um ein Angebot für ein
generationsübergreifendes Wohnen an diesem Standort bei der GBI abzugeben.

Herr Bücking bezieht sich auf ein Gespräch bei der GBI und informiert, dass nach Ablauf der Ausschreibungsfrist bei der GBI Höchstpreis-Angebote vorliegen, die aber nicht den Festsetzungen des Bebauungsplans (Gemeinbedarf und soz. Einrichtung) entsprechen. Wie bekannt, lehnt der Beirat eine Dispensierung von den Festsetzungen des Bebauungsplans ab. Dem Beirat gehe es um eine allgemeine Klärung und nicht nur um den Fall der Bischoffstraße. Die Sache ist also noch nicht ausgestritten. Das Ortsamt werde weiter laufend informieren.

Brilltunnel

Frau Vieweg teilt mit, dass im Brilltunnel eine Arbeitnehmerin in einem Imbiss unter starken Lärm, hauptsächlich durch die Straßenbahn verursacht, arbeiten müsse. Das Ortsamt wird gebeten, beim Gewerbeaufsichtsamt nachzufragen, ob diese Arbeitsbedingungen mit dem Arbeitsschutz in Einklang stehen.

Herr Scherrer informiert den Beirat, dass viele Bürger des Stephanigebietes beunruhigt seien über die Information, dass sich hinter einem Geschäft in der Faulenstraße ein rechtsradikales Netz verbergen solle. Die Gemeinde habe deshalb zu einem Treffen am 16.7.08 eingeladen, um die Situation zu beratschlagen.

TOP 2

Anlass der heutigen Befassung im Beirat mit dem Thema Obdachlosenarbeit ist ein Vorfall Anfang diesen Jahres gewesen. Ein Obdachloser wurde im Ostertor tätlich angegriffen und schwer verletzt. Aufmerksame Anwohner schlugen Alarm und konnten damit schlimmeres verhindern.

Zur Beiratssitzung wurden drei Institutionen eingeladen, die über ihre langjährige Arbeit berichten.

St. Stephani – Gemeinde

Herr Scherrer berichtet, dass die Gemeinde seit 20 Jahren Angebote für Obdachlose organisiere .

Im Obdachlosenhelferkreis arbeiten 25 Personen, die von 15.00-18.00 Uhr den Sonntagstreff organisieren. 60 bis 80 Personen (in letzter Zeit viele junge Leute aus Osteuropa) kommen regelmäßig zu den Treffen und erhalten Kaffee, Kuchen oder eine warme Suppe. Weiterhin existiere eine Kleiderkammer. Für dieses Angebot seien im letzten Jahr Kosten in Höhe von € 11.700,00 entstanden, die durch das Sozialressort mit € 3.700,00 und dem Beirat mit € 2.000,00 bezuschusst worden seien.

Jakobushaus – Einrichtung der Inneren Mission

Das seit 1975 existierende Jakobushaus in der Friedrich-Rauers-Straße bietet als Übergangwohnheim rund um die Uhr eine Unterkunft für wohnungslose Männer.

Neben 45 Plätzen für die Notunterkunft stehen noch 25 Winterübernachtungen (4- Bettzimmer) zur Verfügung. In der sozialtherapeutischen Einrichtung mit 32 Plätzen können Personen auch 2 Jahre und länger wohnen.

Im Haus befinde sich weiterhin eine ärztliche Praxis. **Herr Plate** berichtet, dass sich abwechselnd 2 Ärzte bei Bedarf um die Besucher des Jakobushauses kümmern.

Das Jakobushaus diene als Postadresse für die wohnungslosen Personen.

Der Tagestreff im Haus sei geöffnet von 8.00 bis 16.00 Uhr. Im Durchschnitt werden rund 100 Essen zu einem Preis von € 1,50 ausgegeben.

Für wohnungslose Frauen bestehe ein Angebot im Adelenstift und die Innere Mission betreibe das Isenbergheim in der Neustadt.

Herr Plate informiert, dass es zwar eine Arbeitsberatung im Hause gebe aber die Beschäftigungsmöglichkeiten für den Personenkreis sehr gering seien.

Herr Pot d´Or vom Verein Inneren Mission ergänzt die Ausführungen und berichtet über seine Arbeit als Streetworker. Seit 12 Jahren sei er unterwegs, um sich um wohnungslose Personen, vorrangig im Bereich Innenstadt/ Bahnhof aber auch in Gröpelingen, zu kümmern.

Herr Pot d`Or vermisst im Bereich Innenstadt öffentliche Plätze als Aufenthaltsorte für diesen Personenkreis.

Initiative „ Die Tasse“

Frau Dr. Gerstenberger informiert, dass die Initiative vor 15 Jahren gegründet wurde und alle Angebote in ehrenamtlicher Arbeit erfolgen. Das regelmäßig stattfindende kostenlose Sonntagsfrühstück werde mittlerweile von bis zu 100 Gästen angenommen. Auffallend sei, dass zunehmend Jugendliche und ausländische Mitbürger in die Einrichtung kommen. Die Zusammensetzung habe sich im Vergleich zur Gründung verändert. Festgelegt sei, dass kein Alkohol, kein Tabak und keine Drogen in den Räumlichkeiten konsumiert werden dürfen.

Neben dem Frühstück am Sonntag sei die Tasse noch an weiteren 3 Tagen in der Woche geöffnet, u. a. bestehe dann auch die Möglichkeit zum Duschen etc.

Die Kosten für die Einrichtung in Höhe von jährlich € 42.000 werden allein über Spenden finanziert.

Die Beiratsmitglieder bedanken sich für die ausführlichen Informationen. In der Diskussion werden u.a. noch Fragen zur Betreuung, Hilfe bei der Wohnungssuche, Kontaktaufnahme zu Vermietern, Rechtsberatung, Vermittlung von ambulanten Maßnahmen und ärztlicher Betreuung erörtert.

Für den Beirat sei es wichtig, sich ein Bild über die Möglichkeiten der Angebote zu machen, um bei Bedarf zu vermitteln und zu unterstützen.

TOP 3

Der im Bauausschuss entwickelte Antrag zum Lärmschutz wird auf Antrag von **Herrn Ilgner** um den Punkt Geschwindigkeitsbegrenzung ergänzt und vom Beirat einstimmig beschlossen:

Im Beiratsgebiet Mitte sind zahlreiche Anwohner vom Lärm der Bahn betroffen. Dabei handelt es sich besonders um die über die Stephanibrücke führende Strecke der Oldenburger Bahn und über die Strecke über den Hauptbahnhof Richtung Hannover. In den besonders belasteten Bereichen Stephani und Schwachhauser Heerstraße (Concordiatunnel) überlagert sich der Bahnlärm zudem mit dem Verkehrslärm, der durch das hohe Verkehrsaufkommen erzeugt wird.

Der von der EU geforderte Lärm-Aktionsplan ist nun der Deputation für Umwelt, Bau und Verkehr vorgestellt worden. Mit ihm und den darin vorgestellten Maßnahmen wird sich der Beirat noch ausführlich befassen. Zu bemängeln ist aber schon jetzt, dass der Aktionsplan auf den Verkehrslärm beschränkt wurde und andere Lärmquellen wie etwa Bahnlärm außer Acht lässt.

In diesem Zusammenhang ist es nicht hinzunehmen, dass die Deutsche Bahn immer noch keine Messwerte vorgelegt hat, die in die Lärmkartierung eingearbeitet werden können. Anwohner im Beiratsgebiet leiden besonders unter dem Lärm der Eisenbahnstrecken. Insbesondere die nachts verkehrenden Güterzüge stellen eine immer unerträglicher werdende Belastung dar. Der Ausbau des Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven wird eine weitere Erhöhung des Güterverkehrs mit sich bringen, der infolge fehlender Umgehungsstrecken mitten durch die Stadt geführt werden muss.

Der Beirat Mitte bittet daher den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa

- **mit Nachdruck die immer noch fehlenden Lärmesswerte für die Bahnstrecken einzufordern.**
- **bei der Bahn Lärmschutzmaßnahmen zu fordern und sich für eine Verbesserung des aktiven Lärmschutzes einzusetzen (Geschwindigkeitsbegrenzungen, Lärmschutzwände, Gleisbau, Wagons).**

- Die Möglichkeit von Umgehungsstrecken für Güterzüge zu prüfen und sich für deren Nutzung einzusetzen.

Insbesondere fordert der Beirat Mitte

- lärmindernde Maßnahmen auf der Stephanibrücke wie auch im Bereich der neuen Brücke über die Eduard-Schopf-Allee.
- Lärmschutz am Oldenburger Gleis im Stadtteil Doventor.
- Lärmschutz im Bereich Concordiatunnel.

Der Beirat unterstützt hierbei die Forderungen der AnwohnerInnen im Bereich Concordiatunnel, denen das OVG-Urteil vom 21.11.2006 (AZ: 1 D 79/06) eine Verpflichtung der Bahn zur Neubewertung des Schallschutzes zugesteht.

Der Beirat Mitte fordert den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa auf, sich für die Umsetzung des OVG-Urteils einzusetzen, in dem über aktive Schallschutzmaßnahmen im Bereich der Eisenbahnbrücke neu entschieden werden muss.

TOP 4

Herr Tassis erläutert den im Bildungsausschuss erarbeiteten Abtrag zur Schulentwicklungsplanung. Nach einer kurzen Diskussion wird der Text unverändert zur Abstimmung gestellt. Der Beschlussvorschlag des Ausschusses bleibt unverändert und wird einstimmig bei 2 Enthaltungen beschlossen:

Der Beirat Mitte wurde wie die anderen Beiräte von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft im April 2008 gebeten, eine Stellungnahme zur künftigen Schulentwicklungsplanung abzugeben.

Im Beiratsgebiet Mitte liegen die Grundschulen Bgm.-Smidt-Schule, Altes Gymnasium, Erwachsenenschule und Technisches Bildungszentrum Mitte.

Die Schullandschaft im Bereich Mitte zeichnet sich dadurch aus, dass es sich bei den genannten Schulen um sog. Anwahlschulen handelt, die von SchülerInnen aus dem gesamten Stadtgebiet angewählt werden können.

Der Beirat hat das Alte Gymnasium und die Bgm.-Smidt-Schule um eine Bewertung ihrer Erfahrungen mit dem seit 2003 bestehenden bremischen Schulsystem gebeten und sich über die Entwicklung der Anwahlzahlen, die Lehr- und Lernkultur, bestehende Kooperationen und aktuelle Handlungsbedarfe informiert.

In ihrer Bewertung der bestehenden bremischen Schulstrukturen wird von der Grundschule Bgm.-Smidt-Straße das Ende der gemeinsamen Schulzeit der SchülerInnen nach der vierten Klasse als zu früh angesehen. Die Schule beklagt den durch die verkürzte gemeinsame Lernzeit gestiegenen Leistungsdruck und spricht sich für längeres gemeinsames Lernen aus.

Die Grundschule arbeitet notenfrei.

Das Alte Gymnasium hat auch aus unserem Beiratsgebiet hohe Anwahlzahlen.

Insgesamt besteht im Beiratsgebiet ein hoher Bedarf an Schulangeboten für leistungsstarke Kinder, gleichzeitig jedoch der Wunsch nach Integration aller Kinder.

Auch wenn Kooperationen zwischen Schule und Kindergarten bereits bestehen, gibt es noch keine einheitlichen Standards für den Übergang. Bildungspläne werden zwischen Kindergärten und Grundschulen kaum abgesprochen. Kooperationen zwischen Schulen unterschiedlicher Schulstufen (Längsachsen) bestehen ansatzweise oder werden geplant. Die Zusammenarbeit zwischen Schulen der gleichen Schulstufe (Querachse) ist bislang kaum gegeben. Kooperationen mit außerschulischen Partnern bestehen an allen Schulen.

Handlungsbedarfe sehen die Schulen insbesondere in Bau- und Sanierungsmaßnahmen und – wo dies noch nicht erfüllt ist – im zeitlichen und qualitativen Ausbau der Betreuungsangebote incl. eines Mittagessens bis hin zur Entwicklung zur Ganztagschule, bei der Weiterentwicklung der Lernkultur sowie bei der Ausstattung mit Förderstunden und sozialpädagogischen Personal.

Vor diesem Hintergrund hat der Beirat Mitte folgenden Beschluss gefasst:

Der Beirat Mitte unterstützt die Schulen in seinem Bereich bei den von ihnen geäußerten Handlungsbedarfen und Wünschen, insbesondere

- **bei der Weiterentwicklung der Lehr- und Lernkultur, insbesondere bei der Etablierung von Konzepten und Möglichkeiten für jahrgangsübergreifendes Lernen auch im Unterricht und der Förderung sozialer Kompetenzen,**
- **bei der Umsetzung des Schulbetriebes in Ganztagsunterricht,**
- **akzeptiert der Beirat das Abitur nach 12 Jahren für besonders leistungsstarke Schüler, hält es aber für konsequent, generell einen Weg zum Abitur nach 13 Jahren anzubieten.**

- **bei der Fortentwicklung und Etablierung von geeigneten und differenzierenden Förderkonzepten und umfassenden Fördermöglichkeiten, insbesondere für Schüler/innen mit Migrationshintergrund, sowie bei der Forderung von Schulen nach sozialpädagogischer und anderer geeigneter fachlicher Unterstützung. Ziel sollte sein, Schulen als Orte sozialer Integration zu gestalten und jeder sozialen Entmischung und Ausgrenzung entgegen zu wirken.**
- **bei baulichen Projekten zur Sanierung der Gebäude und Verbesserung der Außenanlage.**

Der Beirat Mitte fordert die Senatorin für Bildung und Wissenschaft auf, gemeinsam mit den Schulen in Mitte ein geeignetes und möglichst umfassendes System der Unterstützung des Übergangs der Schüler/innen vom Primarbereich in die weiterführenden Schulformen fortzuentwickeln und zu etablieren.

Der Beirat regt an, dass beim Übergang vom vorschulischen in den schulischen Bereich flexiblere Einschulungsmöglichkeiten geschaffen werden und zukünftig ein Austausch über die bisherige Entwicklung des Kindes, seine besonderen Stärken und seine noch vorhandenen Defizite stattfindet.

Der Beirat Mitte regt an, ein längeres gemeinsames Lernen der Kinder über das Ende der vierten Klasse hinaus zu ermöglichen. Der Beirat regt an, dass an allen Schulen zukünftig auf Abstufung oder Abschulung von Schüler/innen verzichtet wird.

Der Beirat Mitte fordert die Senatorin für Bildung und Wissenschaft, bei der weiteren Schulentwicklungsplanung die Schulen, Schüler/innen und Eltern eng in die Entscheidungen einzubeziehen und den Schulen weitest gehende eigenverantwortliche Entscheidungsfreiräume vor allem bei der Weiterentwicklung der jeweiligen Schule zu geben. Der Beirat regt eine transparente Mittelzuweisung unter Berücksichtigung der Sozialindikatoren der Schülerschaft und der Ausgangslage der Schulen an. Der Beirat setzt sich dafür ein, dass in allen Stadtteilen mindestens ein integratives weiterführendes Angebot für Schülerinnen und Schüler des Stadtteils integriert und gefördert wird.

Der Beirat Mitte fordert die Senatorin für Bildung und Wissenschaft auf, die Schulen bei Maßnahmen zu unterstützen, die einen konstruktiven Umgang mit der Heterogenität von Schüler/innen zum Ziel haben.

Der Beirat Mitte erwartet von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft, den Beirat zu informieren, ob, wann und inwieweit die Forderungen und Wünsche des Beirats umgesetzt werden können.

TOP 5

Die im Ausschuss einstimmig vorgeschlagenen Mittelzuweisungen werden vom Beirat übernommen.

Antrag der AIDS-Hilfe: von **Herrn Heigl** wird kritisiert, dass die geplante Freizeitmaßnahme im September nicht frühzeitiger beantragt wurde. Der Beirat bewilligt € 1.000,00 unter der

Voraussetzung, dass bei zukünftigen Anträgen bis Ende März des betreffenden Jahres ein Antrag eingereicht werden müsse.

Über folgende Anträge wird entschieden:

ÖkoStadt e.V., Schildstr. 12-19, Umwelttage Bremen 2008 – Wem gehört die Umwelt	930,00	Ablehnung	0,00
Tanzwerk e.V., Schildstraße 12-19 Projekt „die Anderen-company“	560,00	560,00	560,00
Kindergartengruppe Schmutdelkinder e.V., Sielwall 17 Erwerb Kletter- und Turnholzschiiff	600,00	400,00	400,00
k-roof events and more, Brinkmannstr. 33, Achim Local Heroes Bandcontest im Juni/Juli im Meisenfrei und Lagerhaus	600,00	Ablehnung	0,00
AIDS-Hilfe e.V., Sielwall 3, Projekt Betreutes Wohnen Sozialtherap.Gruppenfahrt f. HIV-krankte Drogenabhängige im September 2008	1500,00	Zurückstell. Antrag früher einreichen!	1000,00
Spielplatz Robinsönchen- Fortbestand -weitere Betreuung		Res. 3000,00	Res. 3000,00
Bremer Karneval e.V., Schildstr. 12-19 24. Bremer Samba-Karneval im Februar 2009	2000,00		Zurückstellung
Das Viertel is(s)t – Veranstaltung im Oktober 2008	125,00		125,00

TOP 6 Entfällt

TOP 7

Dem Koordinierungsausschuss und Bauausschuss werden am Donnerstag, den 10.7.2008 die Um- und Neubaupläne Kunsthalle vorgestellt. Die Pläne werden anschließend in öffentlicher Beiratssitzung im September erneut vorgestellt und durch den Beirat ein Beschluss gefasst.

TOP 8

Herr Rüppel macht darauf aufmerksam, dass sich der Beirat im September mit der Novellierung des Beiratsgesetzes befassen müsse.

Herr Ilgner spricht die Verkehrsführung in der Contrescarpe zwischen Ostertor und Präsident-Kennedy-Platz an. Durch die Radwegführung in beide Richtungen bestehe eine erhöhte Unfallgefahr. Der Beirat sieht keine andere Möglichkeit der Radwegführung.

Vorsitz:

Sprecher:

Protokoll:

gez. Bücking

gez. Rüppel

gez. Freudenberg

Bücking

Rüppel

Freudenberg